

Statement

EU genehmigt Industriestrompreis: Wichtiges Signal mit großem Aber

Unterstützung der Bundesregierung beim Temporary Iran Crisis Energy Framework gefragt

Berlin, 16. April 2026 | Heute hat die EU-Kommission den Vorschlag der Bundesregierung für einen Industriestrompreis genehmigt.

Für Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, ein wichtiger Schritt – auch wenn er mit einem großen Aber verbunden ist:

„Durch die Genehmigung der EU-Kommission kommt die Umsetzung des deutschen Industriestrompreises einen wesentlichen Schritt voran. Gleichzeitig ist klar: Für stromintensive Industrien wie den Stahl läuft die geplante deutsche Regelung aufgrund weiterer einschränkender europäischer Beihilfe-Vorgaben praktisch ins Leere. So gilt der Industriestrompreis nur für einen Teil des Stromverbrauchs und er ist nicht mit der CO₂-Strompreiskompensation kombinierbar.“

Hier setzt eine Anpassung des Beihilferahmens an, wie sie die EU-Kommission nach aktuellen Informationen im sogenannten Temporary Iran Crisis Energy Framework vorsieht – das begrüßen wir ausdrücklich. Auch die Bundesregierung sollte diesen Ansatz aktiv unterstützen!

Grundsätzlich verdeutlicht die aktuelle Energiepreiskrise einmal mehr, dass es endlich industriepolitische Maßnahmen mit langfristiger Wirkung braucht, um Gas- und Strompreise nachhaltig zu stabilisieren.

Ziel muss ein verlässlicher Strompreis für die Industrie sein von 50 Euro pro Megawattstunde ‚all in‘, also inklusive aller Abgaben, Entgelte und Steuern. Damit sichern wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Stahlindustrie in Deutschland – und ihren Umbau zur Klimaneutralität.“

Ihr Ansprechpartner

Marvin Bender | Pressesprecher | +49 170 3349855 | presse@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der Stahlindustrie in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2045 klimaneutral zu produzieren – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen einzusparen. Der Verband mit Sitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen auch in Zukunft starken, emissionsarmen Stahlstandort möglich macht. Mit 34,1 Millionen Tonnen im Jahr 2025 weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.